

ARMUT

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk
für Diakonie und
Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Pressestelle
Zentrum Kommunikation
Telefon: +49 30 65211-1780
Telefax: +49 30 65211-3780
pressestelle@diakonie.de
diakonie@diakonie.de
Berlin, im September 2019

Was bedeutet Armut?

Die Sozialwissenschaft unterscheidet zwischen absoluter und relativer Armut. "Absolute Armut" bedeutet, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht decken können. Sie haben zum Beispiel nicht genug zum Essen, keine ausreichende Kleidung oder Wohnung oder ihre ärztliche Versorgung ist nicht gesichert.

Die Sicht auf "Relative Armut" bezieht auch die Lebens- und Entwicklungschancen in einer Gesellschaft ein, es geht also um soziale Ungleichheit. Armut bedeutet letztlich, dass Personen nicht die Teilhabemöglichkeiten haben, die in einer Gesellschaft als normal gelten und zugleich materiellen Mangel erleiden. Wer relativ arm ist, hat beispielsweise schlechtere Bildungschancen, weniger soziale Kontakte und für ihn oder sie ist es schwerer als für Andere, beruflich aufzusteigen. Die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, das heißt die soziale und kulturelle Teilhabe, ist in vielerlei Hinsicht eingeschränkt.

- Teilnehmende an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (unter anderem Ein-Euro-Jobs)
- Arbeitslose über 58 Jahren, die seit mehr als einem Jahr kein Jobangebot mehr erhalten haben
- Arbeitslose, die kurzfristig Arbeitsunfähig sind

In einem Bericht von 2018 hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aufgezeigt, dass über 1,3 Millionen Menschen in Deutschland vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Diese Menschen haben keine reale Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt.¹

¹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2018): Kaum mehr Unterschiede bei chronischer Arbeitslosigkeit. Ländervergleich Deutschland, Dänemark, Finnland, IAB-Kurzbericht 1/2018.

Wer bedeutet Armutsrisiko?

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben hat, gilt nach der EU-weit geltenden Definition als armutsgefährdet. Dieses „Armutsrisiko“ betraf 2017 nach den EU-Vergleichsstatistiken (EU-SILC) 16,1 Prozent aller in Deutschland Lebenden.

Was bedeutet verdeckte Armut?

Zu „verdeckter Armut“ kommt es, wenn Menschen, denen staatliche Grundsicherungsleistungen („Hartz IV“) zustehen, ihren Anspruch nicht wahrnehmen, zum Beispiel weil sie sich schämen oder sie nicht genau wissen, was sie erhalten können. Nach den Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nehmen rund 40 Prozent der Leistungsberechtigten solche Leistungen nicht in Anspruch.

Besondere Armutsrisiken

Die Ursachen von Armut sind vielfältig. Häufig geraten Menschen in Armut, weil sie ihren Job verlieren, krank werden oder sich von ihrem Partner trennen. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Frauen im Rentenalter sowie Familien mit mehr als zwei Kindern.

In den Statistiken zur Armutsgefährdung wird deutlich, dass gesellschaftliche Benachteiligungen das Armutsrisiko direkt erhöhen. Viele Mütter leiden beispielsweise darunter, dass Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fehlen und die Angebote auf dem Arbeitsmarkt oft schlecht mit einer Familie zu vereinbaren sind. Dadurch geraten sie in eine Spirale von geringfügiger Beschäftigung. Dies führt in der Regel auch dazu, dass die Mütter im Alter schlecht abgesichert sind.

Viele Menschen, die als "ausländisch" wahrgenommen werden, haben allein deswegen schlechtere Arbeits-, Wohn- und Bildungsmöglichkeiten und werden so diskriminiert. Diese Benachteiligungen werden beispielsweise im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an vielen Stellen erwähnt und von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes immer wieder aufgedeckt. So haben etwa Kinder mit türkischem Nachnamen bei gleicher Leistung wie andere Kinder eine deutlich geringere Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen.

Hintergrund und Zahlen

Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland

16,1 Prozent aller in Deutschland Lebenden galten nach der EU-weiten Vergleichsstatistik „Leben in Europa“ (EU-SILC) im Jahr 2017 als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdung wird bei einer Unterschreitung von 60 Prozent des mittleren Einkommens festgestellt. Das Statistische Bundesamt ermittelt im Rahmen dieser Erhebung darüber hinaus die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen. Hierbei werden weitere Kriterien wie Zugang zu Konsumgütern, Ernährung, Wohnsituation und Beheizbarkeit der Wohnung, Überschuldung oder fehlende Haushaltsgeräte berücksichtigt. 2017 waren in Deutschland 19 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen.

Das Statistische Bundesamt erhebt Daten nach der europäischen Gemeinschaftsstatistik EU-SILC. Diese Statistik setzt die Armutsrisikoquote bei 60 Prozent des mittleren Einkommens an und gewichtet das Einkommen nach Haushaltsmitgliedern. Nach diesen Berechnungen ist die Armutsrisikoquote von 2007 (15,2 Prozent) bis 2014 (16,7 Prozent) immer weiter gestiegen. 2015 stagnierte die Armutsquote und sank dann auf 16,5 Prozent in 2016 und 16,1 Prozent in 2017 – dem Wert von 2013. Im Ergebnis ist sie auch bei guter wirtschaftlicher Lage noch längere Zeit gestiegen und dann relativ wenig gesunken. Ob der jetzige Rückgang länger bestehen bleibt, lässt sich statistisch noch nicht sicher feststellen. Möglich wäre, dass es bei einer Verschlechterung der Konjunktur schnell zu einem neuerlichen Anstieg kommen kann.

Das diese bundesweiten Durchschnittszahlen mit einer relativ kleinen statistischen Bezugsgruppe nicht beruhigen können, zeigen differenziertere Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW-Wochenbericht 19/2019) auf Basis der Langzeituntersuchungen auf Grundlage des sozioökonomischen Panels (SOEP). Demnach ist die Ungleichheit der tatsächlich verfügbaren Haushaltseinkommen nach der Finanzmarktkrise deutlich gestiegen. Zwar profitieren die meisten Haushalte von Einkommenszuwächsen seit 1991, nicht aber die Haushalte mit den geringsten Einkommen. Auch Armut trotz Arbeit nimmt in der Langzeitbetrachtung relativ zu. Beides betrifft in besonders hohem Maße Zugewanderte. Auch verläuft die Armutsentwicklung regional sehr unterschiedlich. Insbesondere in städtischen Ballungszentren kommt es auch unabhängig von der durchschnittlichen Armutsentwicklung zu einer deutlichen Zunahme des Armutsrisikos um bis zu 10 Prozentpunkte.

Bezug von Grundsicherungsleistungen

Ein großer Teil der Menschen, die Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) beziehen, ist langfristig auf diese Hilfen angewie-

sen. Über 6 Millionen Menschen erhalten die staatliche Grundsicherung für Arbeitsuchende und ihre Angehörigen (Hartz IV), 44 Prozent davon bereits seit vier Jahren oder länger. Die Hälfte der Leistungsbeziehenden sind Angehörige, die nicht erwerbsfähig sind. Zwei Drittel aller Menschen, die Grundsicherungsleistungen erhalten, beziehen diese über mehr als zwei Jahre.

Ein wachsender Teil der Bevölkerung lebt zwar in Armut, bezieht jedoch keine staatlichen Hilfen. Dies liegt zum einen daran, dass die Voraussetzungen für den Anspruch auf bestimmte Leistungen steigen. Andererseits nehmen immer mehr Menschen soziale Rechte nicht in Anspruch, weil sie Angst vor den damit verbundenen Sanktionen und Kontrollen haben.

Geschlechtsspezifische Unterschiede und Unterschiede je nach Familiensituation

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes nach EU-SILC (Erhebungsjahr: 2017) zeigen beim Armutsrisiko deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, den Altersgruppen wie auch nach Familiensituation. Die jeweilige Armutsrisikoquote beträgt:

Armut in Deutschland 2017:

- durchschnittliches Armutsrisiko in Deutschland 16,1 Prozent
- Männer 15 Prozent
- Frauen 17,1 Prozent
- Kinder und Jugendliche 15,2 Prozent
- über-65-Jährige Frauen 19 Prozent
- über 65-jährige Männer 14,9 Prozent

- Alleinlebende 32,1 Prozent
- Alleinerziehende 33,2 Prozent
- zwei Erwachsene mit zwei Kindern: 8,4 Prozent
- zwei Erwachsene mit drei und mehr Kindern 19,5 Prozent
- Arbeitslose 70,6 Prozent

Vergleich mit der EU:

Die Armutsgefährdungsquote im EU-Durchschnitt ist mit 16,9 Prozent nur etwas höher als in Deutschland. Betroffen sind hier 17,5 Prozent der Frauen und 16,3 Prozent der Männer. Der geschlechtsspezifische Unterschied ist also geringer. Bei den Senior*innen ist die Durchschnittszahl mit 14,6 Prozent sogar niedriger, dafür bei den 18 - 65jährigen mit 16,7 Prozent und bei den Kindern und Jugendlichen mit 20,1 Prozent höher. In Deutschland lag die Quote für Altersarmut 2008 bei 15 Prozent und ist bis 2017 auf 17,5 Prozent gestiegen.

Kinderarmut ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Nicht nur Alleinerziehende haben ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko. Dieses führt

dazu, dass 40 Prozent aller Alleinerziehenden mit Hartz-IV-Leistungen leben. Das Armutsrisiko von Familien mit drei und mehr Kindern liegt – wenn neben dem Einkommen weitere Faktoren als Indikator herangezogen werden - laut dem Familienreport des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2017 seit Jahren kontinuierlich bei knapp einem Viertel – mit deutlichen Folgen: Jeder fünfte dieser Haushalte bezog Anfang 2017 SGB-Leistungen. Bei Paarhaushalten mit einem oder zwei Kindern lag der Anteil bei nur 6 beziehungsweise 7 Prozent.

Armutsbekämpfung ist mehr als Arbeitsvermittlung. Zwar hat die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren in Deutschland abgenommen. Die Zahlen zur Armutsgefährdung stagnieren jedoch. Dies hat strukturelle Gründe:

- **Langzeitarbeitslosigkeit:** Nach den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (2018) beziehen fast zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die Hartz IV erhalten, diese staatliche Leistung mehr als zwei Jahre.
- **Umfang der Arbeitsmarktförderung:** 2010 wurden die Mittel für die Arbeitsmarktförderung im Zuge der Maßnahmen gegen die Finanzmarktkrise um die Hälfte reduziert. Erst jetzt erreichen die Fördermittel wieder den ursprünglichen Umfang. So war es zwischenzeitlich kaum möglich, in Zeiten einer guten konjunkturellen Lage auch Langzeiterwerbslose nachhaltig für Arbeit zu qualifizieren
- **Anstieg der prekären Beschäftigung:** Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2017 stellt deutliche Probleme in Bezug auf prekäre Beschäftigung fest. So ist der Anstieg der im Niedriglohnbereich Beschäftigten von 18,7 Prozent in 1995 auf 24,4 Prozent in 2013 belegt und seitdem konstant. Die Armutsgefährdungsquote atypisch Beschäftigter liegt bei 19,2 Prozent und die von geringfügig Beschäftigten bei 25,7 Prozent. Ein Grund für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: Die Tarifbindung hat seit den 1970er Jahren (damals 90 Prozent aller Betriebe in Westdeutschland) kontinuierlich und deutlich nachgelassen und liegt nun bei 51 Prozent der westdeutschen und 37 Prozent der ostdeutschen Betriebe.

Soziale Ungleichheit

Der Einkommensanteil der Spitzenverdiener am insgesamt erwirtschafteten Einkommen ist – so die Ergebnisse des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2017 - zwischen 1995 und 2010 deutlich gestiegen.

- Im Jahr 2010 erhielten die vom Einkommen her oberen 10 Prozent der Haushalte 39,84 Prozent der Einkommen. 1995 waren es noch 31,8 Prozent gewesen.

- Die oberen Prozent erhielten 1995 einen Anteil von 21,16 Prozent am Gesamteinkommen, 2010 dann 27,94 Prozent.
- Die oberen 1 Prozent hatten 1995 einen Anteil von 9,15 Prozent am insgesamt erwirtschafteten Einkommen – im Jahr, 2010 waren es 13,13 Prozent.

Entsprechend den Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) von 2018 sind die verfügbaren Haushaltseinkommen im untersten Zehntel der Haushalte zwischen 1991 und 2015 gesunken, im oberen Zehntel der Haushalte haben sie um 30 Prozent zugelegt (DIW Wochenbericht 21 / 2018).

Zugleich ist das Volumen der Vermögensübertragungen laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung durch Erbschaften seit 2007 bis 2015 um den Faktor 1,5 und das der Schenkungen um den Faktor 4,5 gestiegen.

Dass die soziale Ungleichheit in Deutschland sehr ausgeprägt ist, legen auch neuere Studien des DIW von 2018 zu den Haushaltsvermögen nahe, die aufgrund der schlechten Datenlage nach Abschaffung der Vermögenssteuer auf Hochrechnungen beruhen. Demnach lag das Nettovermögen des obersten Zehntels 2016 bei fast 60 Prozent, das der unteren Hälfte bei 3 Prozent des in Deutschland vorhandenen Privatvermögens. Die oberen 0,1 Prozent hatten mit einem Anteil von fast 4 Prozent einen größeren Anteil als die untere Hälfte. Das oberste Prozent hielt ein Viertel der Vermögen. (DIW Diskussion Paper 1717 von 2018).

Diese Befunde stehen neben einer stabilen Armutsentwicklung und verfestigten Armutsstrukturen in bestimmten Bevölkerungsschichten. Wie die Datenlage zu sozialer Ungleichheit in Deutschland präzisiert werden kann, wie sich die ungleiche Verteilung in Bezug auf die soziale Situation auswirkt und wie wirksam hohe Einkommen und Vermögen einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten, muss weiter geklärt werden. Da die Datenlage zu hohen Einkommen und Vermögen in Deutschland relativ schlecht ist, werden im Kontext der Vorarbeiten zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales umfangreiche Studien durchgeführt.

Bewertung der Diakonie Deutschland

Die Diakonie will Menschen, die arm oder davon bedroht sind, arm zu werden, unterstützen und ihnen helfen, einen Ausweg aus der Armut zu finden.

Ein zentraler Anspruch der Diakonie ist, dass alle Menschen für sich selbst und die eigene Familie sorgen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Der Zugang zu Bildung ist dafür eine entscheidende Voraussetzung. Kinder und Jugendliche brauchen gute Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten sowie pädagogische Angebote von Anfang an, damit sie gar nicht erst in den Kreislauf von

Armut und Ausgrenzung geraten. Die Diakonie fordert daher, die Sozial- und Bildungs-Infrastruktur auszubauen und weitgehend beitragsfrei zu gestalten.

Die Leistungen für Kinder und Jugendliche sind kompliziert und überschneiden sich. Auch sind die Effekte widersprüchlich. In bestimmten Konstellationen werden Haushalte mit hohen Einkommen besser gefördert als Haushalte mit mittleren oder niedrigen Einkommen. Die Diakonie Deutschland setzt sich für eine einheitliche Leistung aus einer Hand ein, die bedarfsgerecht ist und engagiert sich in der Diskussion über eine Kindergrundsicherung für alle.

Die Finanzierung der kommunalen Daseinsfürsorge muss dauerhaft gesichert werden. Weitere Steuersenkungen auf Kosten der sozialen Infrastruktur und der Kommunen, die diese anbieten, darf es nach Ansicht der Diakonie nicht geben. Wo den Kommunen nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um soziale Angebote und Hilfen, aber auch Schwimmbad, Bibliothek, Freizeitmöglichkeiten oder Kinderbetreuung gewährleisten zu können, kann auch kein Gutschein weiterhelfen, mit dem der kostenlose Zugang ermöglicht werden soll.

Die Diakonie setzt sich ein für eine existenzsichernde Grundsicherung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Nach Diakonie-Berechnungen ist der Regelsatz – je nach Haushaltskonstellation - um mindestens 70 € zu niedrig, bei Alleinstehenden sogar um 150 €. Eine Grundsicherung sollte nicht nur eine fortdauernde finanzielle Unterstützung sein, sondern die soziale Teilhabe der Menschen verbessern und Perspektiven über den Leistungsbezug hinaus aufzeigen. Dazu gehört auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen verdient.

Aber auch kirchliche Hilfen müssen so gestaltet sein, dass sie Hilfebedürftigkeit überwinden helfen und weder abhängig machen noch entmündigen. Darum sind auch Angebote wie die Tafeln keine Dauerlösung und können den Sozialstaat und eine teilhabeorientierte Sozialpolitik nicht ersetzen.

Redaktion: Diakonie/Michael David